

Protokoll

den **8. landesweiten BI-Treffen** am Samstag, den 19.03.2022 in Laatzen, Auf der Dehne 2a, im Restaurant TAL, Beginn 10.40 Uhr.

1. Begrüßung

Der Sprecher des NBgS Michael Zacharias begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter der inzwischen 90 BI/IG aus ganz Niedersachsen. (**Teilnehmer siehe Anlage 1**)

Michael Zacharias zeigte sich erfreut, dass neben zahlreichen Gästen aus Politik und verbündeten Verbänden auch Vertreter der BI und IG aus Städten und Gemeinden gekommen waren, die bereits die „Strabs“ vor Ort abgeschafft haben. Wie ein Lauffeuer, so der Sprecher des NBgS weiter, hat sich in der vergangenen Woche die Nachricht verbreitet, dass die Politik in Nordrhein-Westfalen vor der Landtagswahl im Mai, ebenfalls auf Druck zahlreicher Initiativen und Verbände, als 10. Bundesland die Weichen zur Abschaffung der Strabs gestellt hat. Das NBgS wird sich deshalb im Vorfeld der Niedersächsischen Landtagswahl verstärkt dafür einsetzen, dass Niedersachsen das 11. Strabs-freie Bundesland wird. Bedauert wurde vom Sprecher des NBgS in seiner Begrüßungsansprache, dass krankheitsbedingt der langjährige Mitstreiter André Grote der FDP Stade und Dirk Schuhmacher (Mehr Demokratie) absagen mussten. Wegen der Terminüberschneidungen hatten auch die SPD und die CDU im Land Niedersachsen ihre Teilnahme an dem Treffen abgesagt. Keine Reaktion auf die Einladung erfolgte von Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Wählern.

2. Kurzvorstellung und Begrüßung der erschienenen Gäste:

Dr. Marco Genthe (MdL, Sprecher für Recht, Verfassung und Justizvollzug und Innenpolitik für die FDP)

Tibor Herczeg (Geschäftsführer des VWE Niedersachsen)

Jan Vermöhlen (Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V.)

Harald Beckmann und Werner Eggers (BISSS-plus.de)

sowie **MdB Heidi Reichinnek** und Niedersächsische Landesvorsitzende Die Linken

3. Beiträge der Gäste:

Wie MdL **Dr. Marco Genthe** (FDP) in seinem Statement zu den zahlreichen aus dem gesamten Land angereisten Vertretern von BI/IG ausführte, ist das Thema Strabs, gefühlt in jedem zweiten Plenum des Landtagsinnenausschuss durch Resolutionen, Petitionen, strittigen Eingaben usw. auf der Tagesordnung. Auch bei der FDP im Land Niedersachsen ist die Abschaffung der Strabs nicht etwa ein neuer Wahlkampfschlager, sondern schon viele Jahre eine Kernthema. Die Strabs, so das MdL weiter, ist u. a. unsozial und nimmt keinerlei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Betroffenen. Auf die zahlreichen Argumente gegen die Strabs, so Dr. Marco Genthe, hat die Große Koalition im Landtag mit kläglichen „Reparaturversuchen“ reagiert und so 2019 das „Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz zur Flexibilisierung von Straßenausbaubeiträgen § 6b NKAG“ verabschiedet. Die gepriesenen Erleichterungen (Straßenerneuerung erst nach 25 Jahren, Reduzierung des Anliegeranteil, Eckgrundstückserleichterungen, Verrentung, usw.) erwiesen sich, wie unter anderem der „Bund der Steuerzahler“ festgestellt hat, allesamt als „Rohrkrepierer“. Aktuell, so der FDP-Landtagsabgeordnete, unternimmt die Landesregierung den zweiten Reparaturversuch. So will man das NKAG, angehängt an die Erleichterungen zur Einführung von Hybridsitzungen bei Kommunen den § 111 Abs. 6 ergänzen um den Satz „Einmalige und wiederkehrende Straßenausbaubeiträge zählen nicht zu den anderen Finanzierungsmöglichkeiten.“ Laut einem Urteil des OVG Lüneburg vom 22. Juli 2020 durften bisher wegfallende Einnahmen aufgrund der Aufhebung von Straßenausbaubeitragssatzungen

nicht durch die Aufnahme höherer Kredite ausgeglichen werden. Nach wie vor, so Dr. Genthe abschließend, fordert die FDP die Abschaffung der Strabs mit der Kompensierung der ausfallenden Beiträge durch das Land für die Kommunen. Volkswirtschaftlich viel sinnvoller ist es, wenn die Bürger das Geld für ihre selbstgenutzten Immobilien z.B. für die EU-Sanierungsvorschriften verwenden. Während die Landes-SPD von Kompensationskosten von 100 Mil. Euro bei Abschaffung der Strabs für die Städte und Gemeinden ausgeht, so Dr. Marco Genthe, zahlten tatsächlich von Strabs betroffene Anlieger in Niedersachsen 2019 28,2 Mil. Euro, 2020 17,7 Mil. Euro. Die FDP im Land Niedersachsen hat jeweils 50 Mil. pro Jahr in den Etat des Landeshaushaltes eingeplant und diese Summe, so das MdL abschließend ist seriös im Landeshaushalt finanzierbar.

Auch der „Verband Wohneigentum Niedersachsen e.V.“ mit seinen rund 41.000 Mitgliedern, so deren Geschäftsführer **Tibor Herczeg**, beschäftigt sich nach wie vor intensiv mit dem Thema „Abschaffung der Strabs“. Zur Landtagswahl im Herbst dieses Jahres wird der Verband VWE Wahlprüfsteine der Parteien veröffentlichen. Nachdem bereits der VWE, so Herczeg weiter, bereits vor dem OVG die rechtswidrige Satzung der Stadt Springe zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen kippen konnte, wird nun am 27. März ein Normenkontrollverfahren zu den wiederkehrenden Beiträge eingereicht. Zum Ende seines Grußwortes merkte Herczeg an, „der stete Tropfen höhlt den Stein“, bleiben sie dran an dem Thema Abschaffung der Strabs.

Aus Sicht des „**Bundes der Steuerzahler**“, so deren Referent **Jan Vermöhlen**, macht die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen keinen Sinn, weil es sich bei den Straßen, ähnlich wie bei Bundes- und Landstraßen um Allgemeingut handelt, zu deren Finanzierung auch die Allgemeinheit herangezogen werden muss. Zudem stellt die Erhebung der Beiträge einen immensen Gebührenerfassungsaufwand dar, wodurch allein bei der Stadt Hannover 27 Prozent der Einnahmen durch den Verwaltungsaufwand „verbrannt“ wurden. In den letzten Jahren, so Jan Vermöhlen weiter, hat es eine regelrechte Abschaffungswelle in Deutschland gegeben 2012 Berlin, 2016 Hamburg, 2018 Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, 2019 Brandenburg und Thüringen, 2020 Sachsen-Anhalt und 2022 NRW. BaWü hat als einziges Land nie Strabs erhoben. Auch für den BdST wird die Strabs ein zentraler Wahlprüfstein für die Landtagswahl in Niedersachsen sein.

Bereits vor fünf Jahren hat auch die Partei „**Die Linke**“, so deren **Niedersächsische Landesvorsitzende** und **MdB Heidi Reichinnek**, die Abschaffung in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Wenn privates Wohneigentum zum Beispiel für die Alterssicherung im Land gewünscht ist, so Reichinnek weiter, dann darf dies nicht durch ungerechte Beiträge gebremst werden. Das Land Thüringen, wo Die Linke regiert, hat zuletzt gezeigt wie Finanzierung durch die öffentliche Hand funktioniert und läuft. Besonders würdigte das MdB das seit Jahren anhaltende Engagement der BI und IG im Land, die nun zum Landtagswahlkampf besonders „laut“ werden müssen.

Harald Beckmann und **Werner Eggers (BISSS-plus.de)** referierten erneut zu rechtlichen Voraussetzungen und gaben spezielle Erläuterungen zu verklausulierten Kommunalabgaben.

4. Fragerunde/Diskussion zu den Beiträgen der Gäste:

Wie **Frank Huchler** (BI Südheide) ausführte, wurde die BI vor zwei Jahren gegründet und hat derzeit über 800 Mitglieder bei rund 12.000 Einwohnern. Als WAS trat man zudem zur Kommunalwahl an und erreichte zwei Sitze. SPD und CDU sind gegen eine Abschaffung der Strabs, während WAS und FDP dafür sind. Auch bei der anstehenden Landtagswahl ist die FDP

der Hoffnungsträger zur Abschaffung der Strabs, doch klar ist, die FDP kann es allein nicht schaffen, deshalb sollten alle BI/IG vor Ort ihre Landtagskandidaten „bearbeiten“.

Rainer Schumann (Forum 2014 Laatzen) plädierte in seinem Beitrag dafür, alle Landtagskandidaten anzuschreiben und mit ihnen Gesprächstermine zu vereinbaren, da besonders neue Kandidaten oft nicht mit der Problematik der Strabs vertraut sind.

Nachdenklich stimmte das Kurzreferat von **Federico Russo** aus Hann. Münden zum Abschluss des öffentlichen Teils der Tagung des NBgS. Wie der stellvertretende Sprecher der BI aus Hann. Münden erläuterte, plant die Stadt Hann. Münden den Neuausbau des 1,5 Kilometer langen, einseitig bebauten Philosophenweges, der wegen aufwendiger Hangsicherungsarbeiten rund 10 Million Euro kosten soll. Durchschnittlich kämen dabei auf jeden der 37 Anlieger Straßenausbeiträge von mehr als 200.000 € zu. Da dies unbezahlbar ist, brauchen die Anlieger unbedingt Unterstützung durch die Politik und fordern die umgehende Abschaffung der Strabs, noch bevor dieses **Wahnsinnsbauvorhaben** in Angriff genommen wird.

Bevor es in die Mittagspause ging wurde mit den Gästen ein gemeinsames Foto (**siehe Anlage 2**) gefertigt, zudem appellierte der Sprecher des NBgS Michael Zacharias nochmals eindringlich an die Politik im Land „man möge gleiche Lebensverhältnisse schaffen“, zumal inzwischen fast die Hälfte der Kommunen aus eigener Kraft die Strabs von sich aus abgeschafft habe. Auch fehle oft das Vertrauen der Bürger an die Politik, da sie durch die Belastung der Strabs in finanzielle Notlage kamen. Was inzwischen in 10 Bundesländern möglich ist, muss auch in Niedersachsen und den restlichen Bundesländern möglich sein!

5. Mittagspause

TOP 6 bis zum Ende der Veranstaltung gegen 17 Uhr: Im Anschluss daran, diskutierten am Nachmittag die anwesenden Vertreter der BI und IG die weiteren Schritte und Ideen zum weiteren Vorgehen bis zur Landtagswahl. U. a. wurden von den sechs Arbeitsgruppen Vorschläge auf Karten fixiert und diese an einer Pinnwand gesammelt. Danach wurden diese gesichtet, doppelte oder inhaltlich gleiche entfernt. Teilweise wurden die Aktionen von den Teilnehmern noch ergänzend erläutert. So habe die IG Strabs-freies Bad Lauterberg und Walkenried bereits begonnen alle Landtagskandidaten ihres Wahlkreises 12 anzuschreiben und mit ihnen persönliche Gespräche zu vereinbaren. Dies ist effektiv, da fast alle Kandidaten neu und bisher nicht Landtag vertreten waren, bzw. auch zu dem Thema Strabs wenige Informationen haben. Zudem sollte über jedes der Gespräche ein Pressebericht erfolgen, damit die Bürger wissen, woran sie im Bezug der Strabs sind.

Diese Aktionen (**siehe Anlage 3 u. 3a**) wurden zudem aufgeteilt, die im Zeitraum April bis Juni, bzw. August bis Oktober 2022 durchgeführt werden sollten. Inhaltlich lassen sie sich unterscheiden in

- Aktionen, die dezentral, d.h. von jeder BI in ihrer Gemeinde autark realisiert werden können
- Aktionen, die zwar vor Ort, aber zeitgleich von vielen, möglichst allen BI in ihren Gemeinden durchgeführt werden
- Aktionen, die mit möglichst vielen Teilnehmern zentral (überwiegend in Hannover) stattfinden sollten.

Auf jeden Fall, so zum Schluss der Tagung die überwiegende Meinung der Teilnehmer, werden die 90 BI und IG, gemeinsam mit ihren verbündeten Verbänden zur Landtagswahl Wahlempfehlungen herausgeben, denn zur Landtagswahl können eindeutig nur Kandidaten gewählt werden, die auch für die Abschaffung der Strabs stehen.

Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, so NBgS-Sprecher Michael Zacharias in seinem Schlusswort unter dem Beifall der Tagungsteilnehmer, dass Niedersachsen das 11. Bundesland ohne Strabs wird.

Protokollführer Bernd Jackisch